

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen

A black and white photograph of a stack of newspapers and a tablet device. The newspapers are stacked on the left, with some text visible, including 'FREIENMÄNNER', 'am Herbst', 'zwischen', 'ten da sind', 'müssen die', 'dem Februar', and 'LADNER'. A tablet device is positioned on the right, partially overlapping the newspapers. The background is a plain, light-colored surface.

Pressespiegel

19.06.2024

Inhalt

EWN

1 Schweden stoppt Großprojekt durch die Ostsee <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 19.06.2024</i>	3
2 Kulturkampf, ja bitte <i>Süddeutsche Zeitung, 19.06.2024</i>	5

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 19.06.2024 | S. 16

📄 Auflage: 8.504 | Reichweite: 32.295

👤 Andreas Meyer

ES SOLLTE ENERGIE GÜNSTIGER MACHEN

Schweden stoppt Großprojekt durch die Ostsee

Neues Unterseekabel wird nicht gebaut / Regierung im Nachbarland kritisiert deutsche Strompolitik

Schweden zieht den Stecker: Das Nachbarland sagt den Bau einer neuen Stromtrasse durch die Ostsee ab. Der Wirtschaft in MV entgehen Millionenaufträge, den Bürgern günstige Energie aus dem Norden. Warum Schweden nicht mit Deutschland zusammenarbeiten will.

Es geht um Großaufträge in Millionen-Höhe, die Firmen aus Mecklenburg-Vorpommern - Tiefbauern, Elektro-Spezialisten, Offshore-Fachleuten - nun entgehen. Und auch so mancher Landbesitzer wird auf tausende Euro Entschädigung verzichten müssen. Grund ist ein Nein aus Stockholm: Die schwedische Regierung hat nach zehn Jahren Planung und Vorbereitung ein neues Seekabel zwischen MV und Skåne gestrichen.

Aufträge im Wert von 600 Millionen Euro sind nun verloren, unter anderem für eine neue Konverterstation bei Güstrow. Die Absage aus Schweden kann auch für die Energiewende im Nordosten ein Rückschlag sein - und am Ende zu höheren Preisen für Stromkunden führen. Denn Strom aus Schweden ist deutlich günstiger.

2014 hatten die Netzbetreiber 50Hertz und Svenska Kraftnät mit den Planungen für die rund 300 Kilometer lange „Hansa PowerBridge“ begonnen. Die 300-Kilovolt-Leitung durch die Ostsee sollte in Güstrow beginnen, bei Lüssow ein neuer Konverter entstehen. Die Trasse wäre 70 Kilometer quer durch MV bis nach Dierhagen verlaufen - und von dort weiter durch das Meer. Erst im November überreichte das Land an 50Hertz den Planungsfeststellungsbescheid für die Trasse. Energieminister Reinhard Meyer (SPD) schwärmte von einem Meilenstein - und davon, wie wichtig die „Hansa PowerBridge“ für die Energiewende sei. Denn seit Jahren produziert MV mehr Strom als das Land selbst verbrauchen kann. Und es wird immer mehr: Allein bis 2032 soll sich die Zahl der Windkraftanlagen im Nordosten auf 5000 „Mühlen“ verdreifachen. Weil leistungsstarke Stromtrassen in den Süden Deutschlands nach wie vor fehlen, sollte ein Teil des

grünen Stroms aus MV in das stromarme Skåne exportiert werden. Außerdem: Im Norden verfügt Schweden selbst über enorme, erneuerbare Ressourcen. Riesige Pumpspeicher, die genutzt werden sollten, um Strom aus Deutschland zu speichern. Bei Flaute oder grauem Himmel wäre der Strom dann wieder zurückgeleitet worden.

Wenn in MV der Strom mal knapp werden sollte, hätte 50Hertz günstige Energie aus schwedischer Wasserkraft importieren können - statt Atom- oder Kohlestrom aus anderen EU-Ländern. Das hätte sich am Ende für Wirtschaft und Bürger lohnen können: Laut Bundesnetzagentur lagen die Großhandelspreise für Strom in Schweden gut ein Drittel unter den deutschen. Eine Megawattstunde kostete vergangene Woche 64 Euro in Deutschland, aber nur 45 Euro in Schweden. Doch nun ziehen die Schweden dem 600-Millionen-Projekt sprichwörtlich den Stecker. Die Begründung lässt aufhorchen: Der deutsche Strommarkt sei nicht „effizient genug“, sagt Energieministerin Ebba Busch, die zugleich Parteichefin der schwedischen Christdemokraten ist. Die weitere Verbindung nach Deutschland würde schlimmstenfalls zu höheren Strompreisen für Bürger und Unternehmen führen.

Schweden kritisiert vor allem einen Punkt: Deutschland sei ein einziger einheitlicher Strommarkt mit einem Großhandelspreis für alle Regionen. Bei den Skandinavien gebe es hingegen vier unterschiedliche Preiszonen. Auch dort wird der (saubere) Strom im Norden produziert, aber im Süden benötigt. Um diese „Unwucht“ im Netz besser in den Griff zu bekommen, wurden regional unterschiedliche Preise eingeführt. Wo viel Strom produziert wird, ist er günstiger. Schweden schafft so Anreize, dass sich energieintensive Un-

ternehmen im Norden ansiedeln. Abgesehen von den entgangenen Investitionen fürchtet 50Hertz keine großen Nachteile durch das Aus: „Die Leitung mit 700 Me-

gawatt Leistung hätte eh nur eine überschaubar große Rolle gespielt“, so Unternehmenssprecher Volker Gustedt.

KERNENERGIE

Kulturkampf, ja bitte

Ist es nun Ironie der Geschichte oder schlicht Pech? Die Union beschließt in der Regierung mit der FDP vor 13 Jahren den Atomausstieg – und ausgerechnet diese Parteien tun nun so, als sei er gar nicht ihre Idee gewesen. Sondern nein, die Grünen waren's. Schließlich gingen im April 2023 unter der Verantwortung der Ampelregierung die letzten drei Atommeiler vom Netz. Sie durften wegen der Erdgaskrise, auf Wunsch der FDP und entgegen dem der Grünen, etwas länger laufen als einst beschlossen. Der Rückbau der Kraftwerke hat längst begonnen, trotzdem hält sich bei vielen Menschen die Überzeugung, dass Atomkraft in Deutschland sinnvoll wäre, dass andere Länder damit ihre Bürger mit billiger Energie versorgen. Ganz in diesem Sinne will die Union nun von einem Untersuchungsausschuss prüfen lassen, wie der Ausstieg 2023 zustande kam – und ob der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck ihn, wie behauptet, ergebnisoffen geprüft hatte.

Dabei ist klar: Die Nachteile der Atomkraft überwiegen die Vorteile, zumindest in Deutschland. Doch wen überzeugen schon Argumente, wenn es immer um mehr geht als um die Sache selbst? Über fast jedes Thema legt sich hierzulande ein Kulturkampf, der eine fachliche Debatte verhindert. Das gilt für den Atomausstieg genauso wie für gendergerechte Sprache, Wärmepumpen oder E-Autos. Sie alle repräsentieren längst eine Haltung, nicht eine diskussionswürdige Option. Kein Wunder, dass manche Politiker rhetorisch nutzen und wiederholen, was ihre Wähler glauben. Dass bei der Atomenergie die Forderungen unrealistisch sind? Dass die Union den Atomausstieg und die Erdgaskrise mitzuverantworten hat? Geschenk.

Es ist verständlich, auf Bekanntes zu setzen, wenn Unbekanntes die Welt bestimmt. Die Zeiten sind irre und verunsichernd. Ein bedeutender Teil der Deutschen sucht Antworten bei konservativen bis rechtsradikalen Parteien; die Ergebnisse der Europawahl haben es besonders drastisch gezeigt. Zuversicht und Aufbruch kommen ihnen vor wie Realitätsverweigerung. Sollte man nicht besser auf Atommeiler setzen, die konstant

Strom erzeugen – statt auf Erneuerbare, die wetterabhängig Energie liefern?

Die Nachteile der Atomkraft überwiegen, zumindest in Deutschland. Doch wen überzeugen Argumente, wenn es stets um etwas anderes geht? Schluss mit der Scheindebatte

Selbstverständlich ist es richtig, in einer Energiekrise die Atomkraft neu zu betrachten, den Ausstieg zu hinterfragen, der unter anderen Umständen zustande kam. Wer aber genau hinschaut, wird merken: Es sind keine ideologischen, sondern ökonomische und pragmatische Argumente, die gegen die Atomkraft sprechen. So wäre es 2023 ein enormer finanzieller und bürokratischer Aufwand gewesen, den Weiterbetrieb der drei Meiler zu sichern, den Rückbau zu stoppen oder neue Betriebsgenehmigungen einzuholen. Und wer übernimmt die Risiken? Weil der Ausstieg ursprünglich für 2022 geplant war, wurde für die drei verbliebenen Meiler im Jahr 2019 auf die routinemäßige Inspektion verzichtet. Sie ist für AKWs alle zehn Jahre notwendig und bringt immer wieder Schäden zum Vorschein. In Frankreich etwa fielen 2022 mehrere AKWs aus, weil Korrosionen entdeckt wurden (zusätzlich zum klimabedingten Wassermangel). Abgesehen davon stammten die letzten laufenden deutschen Meiler aus den Achtzigern und hatten damit die angesetzte Betriebslaufzeit bereits überschritten.

Wer wiederum neue Kraftwerke bauen lässt, hat mit unkalkulierbaren Kosten zu kämpfen. Die Briten machen diese Erfahrung gerade: Ihr im Bau befindliches Kernkraftwerk Hinkley Point wird wohl am Ende 40 Milliarden Euro kosten, ein Drittel mehr als geplant. Ein Unternehmen betreibt ein solch teures Kraftwerk nur, wenn es später den Strom auch loswird. Das lässt es sich staatlich garantieren: Die Steuerzahler übernehmen einen Teil der Rechnung. Schweden wiederum hat es zwar geschafft, dass Bürger günstigen Atomstrom nutzen – aber zugleich ein anderes Problem gelöst: Das Land hat ein Endlager, anders als Deutschland. Und AKWs fordert man hierzulande nur so lange,

wie der radioaktive Müll nicht in die eigene Nachbarschaft verbracht wird. Ministerpräsident Markus Söder, einst Gegner, heute Verfechter der Atomkraft, schließt Bayern als Müllstandort aus.

Einer der größten Exporteure von Uran ist zudem weiterhin Russland, von dem Deutschland so schmerzhaft abhängig war – auch, weil die Union, 16 Jahre an der Macht, voll auf Erdgas gesetzt hatte.

Statt auf solche Scheindebatten sollte man die Kraft für tatsächliche Probleme aufwenden: Wie kann Deutschland komplett umweltfreundlich Strom erzeugen, ohne Uran-Förderung und radioaktiven Müll – und zwar so, dass die Versorgung konstant gesichert ist? Dafür braucht es mehr Netze, die Wind- und Solarstrom transportieren, Batteriespeicher sowie flexiblen Stromverbrauch, der sich nach dem Angebot richtet. Wer bewahren will, muss Dinge verändern. Das wäre konservativ im besten Sinne.